

WIR SIND DIE ZUKUNFT



NEWSLETTER Nr. 4/2019 "Wir sind die Zukunft"
für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
www.wir-sind-die-zukunft.net

INHALT

- Infos aus dem KJHA vom 26.03.2019
- Rahmenkonzeption „Offener Treff“
- Fachtag Strukturprinzipien der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Einrichtungen für die Auszeichnung „Offen für ALLE“, gesucht!
- Förderangebot – Vermittlung und Erwerb von digitalen Kompetenzen
- MobilSpiel e.V. verleiht Materialien für Spielaktionen
- Veranstaltungstipps
- Veranstaltungsplanung 2019
- Impressum

INFOS AUS DEM KJHA VOM 26.03.2019

Modellprojekte zur kooperativen Ganztagsbildung

Stadtschulrätin Beatrix Zurek und Stadtdirektor Peter Scheifele stellten das umfangreiche Projekt vor, das im Hinblick auf die ab 2025 erwartete Garantie für den Ganztag bei Grundschülerinnen und Grundschülern bereits im September 2018 mit einem ersten Modell der AWO und der Grundschule am Pfanzeltplatz begonnen wurde. Es ist geplant, das Modell ab Herbst die-

ses Jahres in neun weiteren Grundschulen einzuführen. Durch den Beschluss in gemeinsamer Sitzung von KJHA und Bildungsausschuss sollte Handlungssicherheit für die Ganztagskooperationspartner (drei freie Träger in jeweils einer Schule und der städtische Träger in sechs Schulen) geschaffen und eine Übergangsförderung für die jeweiligen Mittagsbetreuungen im Modell geregelt werden.

Scheifele wies ausdrücklich auf eine Beschlussergänzung zum Trägerauswahlverfahren hin, wonach sich die Stadt bei den beiden Ministerien für eine Regelung dieser Frage einsetzen will. Er betonte in diesem Zusammenhang die Expertise des Stadtjugendamtes und der freien Träger, die man bei der Entwicklung des Modells einbinden wolle. Er verwies auf die zahlreichen Vorteile des neuen Modells. Künftig gebe es für die Eltern nur einen Träger für den Ganztags und dieser gebe eine Platzgarantie. Die „Zuständigkeitslücke“ beim Mittagessen werde geschlossen. Die fachlichen Schwerpunktsetzungen der inhaltlichen Arbeit mit den Kindern (z.B. Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion, Integration und Partizipationskultur) würden verbindlich in einem Konzept festgelegt. Ein gemeinsames Leitungsteam von Schule und Träger sei vorgesehen. Ein gemeinsamer Elternbeirat von Schule und Kooperativem Ganztags werde angestrebt.

StRin Anja Berger (Grüne) dankte für die viele Arbeit, die sich das Referat gemacht hat und sah eine „Riesenchance“ mit viel Potential in dem neuen Projekt. Für sie stelle sich allerdings die Frage, wie es nach der Modellphase weitergehe. Inhaltlich sah sie auch noch einen Zielkonflikt zwischen der geplanten Flexibilität bei den Betreuungszeiten für die Eltern und den pädagogischen Bildungsansprüchen. Bestimmte Kernzeiten werde es wohl geben müssen, um mit den Kindern gut arbeiten zu können. Die genannten inhaltlichen Themen sah sie dabei als großen Pluspunkt. Zu den Elternbeiträgen stellte sie die Frage in den Raum, ob man angesichts des Verwaltungsaufwands für Berechnung, Buchung usw. nicht zu einer Kostenfreiheit wie bei den KiTas kommen könne. Auch die bestehenden Strukturen in der Schule beim Konzept der Arbeitszeiten der techn. Hausverwaltung sah sie als (typisch Münchner) Problem. Dazu und zu den Themen Trägerauswahl und Zukunft der Mittagsbetreuungen stellte sie einen Änderungsantrag ihrer Fraktion vor.

StRin Julia Schönfeld-Knor (SPD) dankte ebenfalls und betonte, dass die Themen Randzeiten und Ferien sind jetzt gelöst sind. Sie bedauerte, dass man nur in zehn Schulen beginnen könne. Der Übergang werde sicher „knirschen“. Beim Änderungsantrag der Grünen sah sie im Punkt Mittagsbetreuungen rechtliche Probleme. Sie stellte einen eigenen Antrag dazu von SPD und CSU vor.

StRin Beatrix Burkhardt (CSU) betonte, dass heute ein „schöner Tag“ sei und dankte ausdrücklich Peter Scheifele für seinen Einsatz. Der finanzielle Rahmen sei inzwischen gesichert und vom Ministerrat bestätigt. Sie war erfreut, dass zwei unterschiedliche Modelle nun auch noch zusätzlich wissenschaftlich begleitet werden und kündigte an, dass ihre Fraktion den vom DPWV eingebrachten Änderungsantrag zur Kooperation von RBS und Jugendamt bei der Erstellung eines Rahmenkonzepts ablehnen werde.

Dr. Günther Bauer (Sprecher der Wohlfahrtsverbände) betonte die notwendige Differenzierung zwischen Ganztagsgarantie und Bildungsgerechtigkeit. Man habe große Sorge beim Thema „Gewinnung von Fachkräften“. Mit nachqualifiziertem Personal aus den Mittagsbetreuungen

alleine werde es nicht gehen. Die eingebrachten Nachträge zum Beschluss und die laufende Veränderungen zeigten, dass es auch weiterhin noch viel Änderungen und Anpassungen geben werde. Er forderte die Entwicklung eines inhaltlichen Rahmenkonzepts und wies darauf hin, dass für die Verbände das Trägerschaftsauswahlverfahren eine hohe Bedeutung hat. Auch die sogenannte „Finanzierungskulisse“ müsse im Detail noch besprochen werden. Das Verhältnis der Modellstandorte könnte noch etwas mehr von Trägerseite vertragen.

Gabi Nuss (Gleichstellungsstelle) dankte insbesondere für die Aufnahme der inhaltlichen Themen in der Kooperationsvereinbarung. Sie sah darin auch Kriterien für ein künftiges Trägerschaftsauswahlverfahren. Sie betonte das Anliegen der Einbindung des Sozialreferates in die weitere Entwicklung und bat darum auch bei der Ausbildung der Ergänzungskräfte die genannten Inhalte zu beachten.

StRin Sabine Krieger (Grüne) zeigte sich erfreut über die geplanten „Frisch-Misch-Küchen“, sah aber ein Problem bei den räumlichen Möglichkeiten dafür. Eine Umrüstung von Küchen sei sicher notwendig. Die Stadt habe bereits bestehende Standards für die Ernährung, die man beachten müsse.

Elsbeth Hülsmann (DPWV) verwies darauf, dass man nun noch einen beschwerlichen Weg mit vielen Hürden vor sich habe. Die Beschlussvorlage übernehme viele Anregungen der freien Träger, wofür sie sich bedanken wolle. Ein Problem für die Zukunft sah sie darin, dass sehr große Einheiten entstehen werden. Die geplanten Lösungen für Mittagsbetreuungen seien gut und die Trägerschaftsauswahl müsse noch geregelt werden. Bei der Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses habe sie erfahren, dass die Ministerien nichts gegen ein Verfahren der Trägerschaftsauswahl haben, in Nürnberg sei ein Interessensbekundungsverfahren vorgesehen. Sie stellte auch die Frage, warum im Modell viele Schulen seien, die schon Tagesheime oder Horte haben. Hier gäbe es schon ein gutes Angebot, an anderen Schulen sei der Bedarf höher. Sie unterstützte die von der Caritas eingebrachten Anträge zur Finanzierung des Verwaltungsaufwands und zur Beteiligung der Träger bei der Entwicklung des Ausgleichsverfahrens. Zu ihrem eigenen Antrag führte sie aus, dass ein Rahmenkonzept mehr sei als die bisher vorgelegten Eckpunkte. Insbesondere die Verzahnung mit anderen Feldern der Jugendhilfe solle darin beschrieben werden. Eine Einbeziehung der Jugendhilfe sei dabei unerlässlich. Es gebe im Jugendamt bereits viele Positionspapiere der verschiedenen Akteure, diese Expertise solle genutzt werden.

Steffie Lux (Kreisjugendring) dankte für die umfangreiche Vorlage, die deutlich mache, dass das Vorhaben sehr komplex ist. Es handle sich um eine anspruchsvolle Aufgabe nicht nur für die Verwaltung, die organisatorisch verschiedenste Strukturen und Kulturen zusammenbringen muss, sondern auch für die unmittelbar Beteiligten, auf denen ein enormer Erwartungsdruck liege, eine neue Form des Lernens und der Alltagsgestaltung für Grundschulkindern positiv zu entwickeln. Der Kreisjugendring habe sich in der Debatte von Anfang an dafür eingesetzt, bei den Entwicklungen die Interessen und Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt zu stellen. Eine Reihe der inhaltlichen Anregungen seien in der Beschlussvorlage enthalten, wofür sie sich bedanken wolle.

Lux betonte, dass es der Jugendring auch in seiner Rolle als Kooperationspartner an der Grundschule Gustl-Bayrhammer-Straße begrüße, dass für die Mitarbeiter*innen aus den Mittagsbetreuungen Perspektiven für eine weitere Tätigkeit im neuen Modell geschaffen werden

sollen. Zur Anfrage des RBS an den KJR, ob er den am Standort bestehenden städtischen Hort mit der Verantwortung für die Jahrgangsstufen 2 bis 4 bereits ab diesem Herbst übernehmen wolle, sei man im Gespräch, eine Entscheidung dazu sei noch nicht getroffen. Das in der Beschlussvorlage angesprochene pädagogische Rahmenkonzept zum Modellprojekt halte auch der KJR für inhaltlich erforderlich. Man habe sich dem Antrag des DPWV formal nur deshalb nicht angeschlossen, weil der KJR nicht glaubt auf diesem Weg eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen RBS und Jugendamt erzwingen zu können. Inhaltlich appelliere der KJR aber dafür, das Modellprojekt nicht nur unter dem Blickwinkel der Zuständigkeit, sondern vor allem unter dem Blickwinkel des bestmöglichen Ergebnisses für die Kinder gemeinsam zu entwickeln. Lux stellte noch einige Detailfragen zum Modell und unterstützte ebenfalls die Anträge der Caritas.

Michaela Fischer (Caritas) stellte zwei Anträge zu den Verwaltungskosten und zur Beteiligung der Verbände/freien Träger bei Entwicklung des finanziellen Ausgleichsverfahrens. Die Verwaltungskostenpauschale sei mit 5 Prozent zu niedrig angesetzt, 7,5 Prozent seien notwendig, um die gerade in der Aufbauphase erhöhten Aufwendungen im Verwaltungs- und Overheadbereich zu finanzieren. Eine Beteiligung bei der Entwicklung des Ausgleichsverfahrens sei vermutlich ohnehin beabsichtigt, man wolle dazu aber Sicherheit. Sie danke für die Vorlage und die gute Zusammenarbeit.

In der Antwortrunde betone Stadtschulrätin Beatrix Zurek, dass „wir das alle gemeinsam wegen der Kinder machen“, deren Bildungschancen verbessert werden sollen. Sie setze sehr auf das rhythmisierte Modell, das Kindern und Eltern weiterhelfen wird. Sie betonte, dass sich im RBS ein „stabiler Kinder- und Jugendhilfebereich etabliert“ habe, dazu gehörten auch die Tagesheime. Man habe viel Kompetenz im Bereich, die „Kooperation mit befreundeten Referaten wie dem Sozialreferat“ sei selbstverständlich. Man müsse da nicht zum Jagen getragen werden. Die Finanzierung der Modelle sei gut und auskömmlich, eine Erhöhung der Pauschale auf 7,5 Prozent sei nicht erforderlich.

Peter Scheifele erklärte zur Gebührenstruktur, dass diese an Horte und Tagesheime angelehnt sei. Eine Reduzierung auf null sei derzeit nicht refinanziert. Über die Trägerschaft der Ausbildung für die Mitarbeiter*innen der Mittagsbetreuungen entscheide das Sozialministerium. Das RBS werde sich aber einsetzen, dass die Kompetenz des KleinKinderTagesstätte e.V. (KKT) eine Rolle spielen soll. Beim Essen sollten sich auch die Kooperationspartner am städtischen Preis orientieren. Die Aufnahme des Bereichs in den Defizitausgleich mache das möglich. Das Küchenpersonal und die Nebenkosten würden vom RBS finanziert. Es gebe daher die Erwartung, das hinzubekommen. Zur Frage von StRin Krüger erklärte er, dass die Küchenausstattung bedarfsgerecht auf Kosten des RBS umgebaut werde. Zur Höhe der Verwaltungspauschale erklärte er, dass das RBS eine Reihe von Aufgaben beim Hausbetrieb, bei der IT oder der Hausverwaltung übernehme. Diese Aufgaben würden beim Kooperationspartner nicht anfallen und seien deshalb in Abzug gebracht worden. Feinjustierung für einzelne Themen wie den Roulierpool beim Küchenpersonal oder die Frage der Bestellung von Inventar müsse man im direkten Austausch zu den Themen klären.

In der Abstimmung übernahm die Stadtschulrätin den Antrag von SPD und CSU. Der Antrag der Grünen wurde abgelehnt. Der Antrag des DPWV wurde im KJHA beschlossen und im Bildungsausschuss abgelehnt. Ebenso wurden die beiden Anträge der Caritas im KJHA be-

schlossen und im Bildungsausschuss abgelehnt. Die Gesamtabstimmung war in beiden Ausschüssen jeweils einstimmig.

Kinder- und Jugendhilfereport des Stadtjugendamtes 2016/2017

StRin Jutta Koller (Grüne) dankte für die umfangreiche Leistungsschau der Angebote in München. Gerade in den Jahren 2016 und 2017 habe es große Herausforderungen für das Jugendamt durch die jungen Geflüchteten gegeben. Sie stellte in dem Zusammenhang die Frage zur aktuellen Entwicklung im Young Refugee Center (YRC). Sie übte zudem Kritik am neuen System der Deutschklassen in den Schulen, die Integrationsmöglichkeiten seien auch vorher bei den Übergangsklassen nicht gut gewesen, aber das neue System sei noch schlechter. Sie lobte ausdrücklich die Arbeit des Jugendamtes bei den Querschnittsaufgaben, hatte aber den Eindruck, dass es dafür zu wenige Mitarbeiter*innen gebe. Auch beim Thema Partizipation machte sie gute Grundgedanken aus, es fehlten aber auch hier die Mitarbeiter*innen. Dabei sei es gerade im Jugendbereich wichtig, sich besser aufzustellen. Beim Thema Wohnen wünschte sie sich mehr Angebote wie das GWG-Haus für Azubis. Es sei wichtig, dass Jugendliche auf eigenen Füßen stehen können. Ohne eigene Wohnung sei das aber schwierig.

StR Christian Müller (SPD) nahm den Report zum Anlass allen Mitarbeitenden zu danken. Es stelle sich aber die Frage, ob es notwendig sei, so einen dicken Bericht zu verlangen. Er persönlich wünsche sich einen kürzeren Bericht, dies wäre auch eine Entlastung der Mitarbeitenden.

Bürgermeisterin Christine Strobl unterstützte den Vorschlag von Müller. StRin Beatrix Burkhardt dankte gleichermaßen und schloss sich dem Vorschlag einer Verschlankung des Berichts an.

Sozialreferentin Dorothee Schiwy erklärte, dass eine beabsichtigte weitere Verkleinerung des YRC Probleme mit der Heimaufsicht ergeben habe und das Referat eine Vorlage zu dem Thema für den Zeitpunkt nach der Sommerpause plane.

Aktuelle Situation in der Münchner Ankerzentrum-Dependance Funkkaserne

Die Fraktionen der Grünen, der Linken, des SPD und der CSU hatten kurz vor der Sitzung (Dringlichkeits-)Anträge zur Situation gestellt. Das Thema war kurzfristig auf die Tagesordnung genommen worden.

Die Vorlage zu dem Thema war erst zu Sitzungsbeginn verteilt worden, Stadtdirektor Sebastian Groth führte in das Thema ein. Die Funkkaserne sei derzeit mit 205 Personen (überwiegend Frauen und Kindern aus Nigeria) belegt. Die Innere Mission (IM) mache die Asylsozialberatung. Zwei Familien, teilweise drei, lebten in einem Raum, die Abtrennung der Bereiche erfolge über Vorhänge. Die Bewohner*innen im Ankerzentrum lebten in Isolierung und es gebe keine Integrationsmöglichkeit. Der Kinderschutz sei grundsätzlich gewährleistet, aber die räumliche Enge führe zu prekären Situationen. Die BSA führe auch Inobhutnahmen und vorgelagerte Maßnahmen durch, diese seien aber schwer planbar.

Ein Ortstermin des Sozialreferats mit der Regierung von Oberbayern (ROB) sei geplant. Es gebe den Wunsch, die Situation in Augenschein zu nehmen. In kritischen Fällen informiert die

IM das Sozialbürgerhaus (SBH). Gewalt und ein hohes Konfliktpotential belasten Arbeit des SBH.

Die Unterbringungszeit von max. sechs Monaten solle eingehalten werden. Die Stadt habe keine Belegungslisten. Hilfen seien schwer planbar. Für verletzte Zielgruppen sei die Unterbringung im Ankerzentrum kontraproduktiv. Die Eröffnung eines weiteren Zentrums am Moosfeld stehe bevor, dazu habe es bisher keine Absprachen mit der Stadt gegeben, ein Termin sei aber zugesagt.

Eine konkretere Vorlage des Referats sei geplant, dafür sei aber mehr Vorlauf notwendig. Bürgermeisterin Christine Strobl erklärte, dass diese Form der Unterbringung den geflüchteten Menschen nicht gerecht werde.

Jutta Koller erklärte, dass es die Grünen grundsätzlich ablehnten, Menschen ohne Perspektive in großen Gruppen zusammenzufassen. Unmöglich sei zudem, dass der Zutritt für Stadtverwaltung und Stadträte nicht gewährt werde. Landtagsabgeordnete dürften aber hinein. MdL Gülseren Demirel habe die Funkkaserne besucht und die Berichte der Presse bestätigt. Sie sehe keine menschenwürdige Unterbringung. Es gibt laut Demirel Familien, die seit über einem Jahr dort wohnen. Sie dankte dem Sozialreferat für die klaren Worte und dem OB für seine Initiative.

Christine Strobl erklärte, dass sie die Einrichtung besuchen wolle.

Christian Müller erklärte, dass ihm viele zynische Bemerkungen einfallen, die er dem Stadtrat aber ersparen wolle. Aus seiner Sicht ist das Vorgehen der ROB so nicht zulässig. Offenbar habe die Stadt noch nicht einmal die Daten der darin wohnenden Menschen und somit gebe es keine Kenntnis zu den Menschen, die hier im Stadtgebiet wohnen. Selbst im Hotel würden bei kurzen Aufenthalten Daten der Übernachtungsgäste aufgenommen, nur im Ankerzentrum sei das nicht der Fall.

Cetin Oraner (Linke) schloss sich den Ausführungen an und berichtete von Zuständen in Flüchtlingslagern in der Türkei. Dort habe man es mit einem Regime zu tun, das unsere Werte nicht teilt. Artikel 1 des Grundgesetzes gelte in den Ankerzentren offenbar nicht. Eine menschenwürdige Unterbringung sei unbedingt sicherzustellen.

Beatrix Burkhardt sah das Thema menschenwürdige Unterbringung unabhängig vom Namen der Einrichtung. Eine menschenwürdige Unterbringung sei bei allen politischen Differenzen nicht verhandelbar.

Dr. Bauer bestätigte, dass Ankerzentren keine geeignete Unterbringung sind, insbesondere für Kinder. Neben der politischen Situation sei aber eine ganz konkrete Situation der Menschen zu beachten. Das SBH habe natürlich Zutrittsrecht, im Interesse der Menschen bat er um Differenzierung in der Debatte. Er wünschte sich finanzielle Hilfen der Stadt zur konkreten Verbesserung der Situation.

Ohne weitere Diskussion wurde beschlossen:

Investitionskostenförderung beim Bau nichtstädtischer Kindertageseinrichtungen - Kindertagesstätten sonstiger Träger

Haus für Kinder an der Jensenstraße 6 im 13. Stadtbezirk Bogenhausen Leistung eines Baukostenzuschusses in Höhe von 492.000 Euro an Denk mit! Kinderbetreuung GmbH & Co. KG für 24 neue Krippen- und 25 Kindergartenplätze

Israelitische Kultusgemeinde München - Freiwilliger Zuschuss zu den Ausgaben für Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen für pädagogische Einrichtungen im Jahr 2019 in Höhe von 460.000 Euro

Zusammengestellt von Franz Schnitzlbaumer, KJR

RAHMENKONZEPTION „OFFENER TREFF“

Unsere Reihe der Vorstellung der neuen Themen der Rahmenkonzeption beschäftigt sich diesmal mit dem „**Offenen Treff**“

„Der Offene Treff ist eine wesentliche Angebotsform in der Offenen Arbeit, die auch in der sich ausdifferenzierenden Angebotspalette ihre Bedeutung nicht verliert. Im Gegenteil: Die besonderen Qualitäten dieser Angebotsform bekommen im Lichte der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen verstärktes Augenmerk. Ihre Bedeutung wächst und wird zur Basis für gelingende gesellschaftliche Integration.“

„Der Offene Treff ist durch scheinbare Paradoxien geprägt: Er bietet einen offenen Raum in einem strukturierten Rahmen. Ermöglicht wird das durch die Schaffung von Gelegenheitsstrukturen, die motivieren und inspirieren. Gleichzeitig bleibt genügend Platz, damit die Besucher*innen eigene Strukturen entwickeln können – es darf etwas, aber es muss nichts getan werden. Hier bestehen der Raum und die Gelegenheit, neben den formalen Bildungsstrukturen auch durch Nichtstun zu lernen.“

„In einer Gesellschaft, in der Stresssymptome und Leistungsdruck zunehmend prägend und für immer mehr sogar gesundheitsbedrohend sind, ist es auch zunehmend bedeutsam, Übungsfelder und Rückhalt für die Gestaltung von Auszeiten und Entspannung zu finden.“
Dabei bietet der Offene Treff „beides: unverbindlichen Umgang miteinander, bei dem man sich zunächst auf nichts festlegen muss und gleichermaßen Raum für Verbindlichkeit und Beziehungsarbeit.“

„Damit bietet der Offene Treff die Grundbasis zur Umsetzung sämtlicher Querschnittsaufgaben. Nicht zuletzt ist der Offene Treff eine Möglichkeit, um den Zugang zu anderen, verbindlicheren Angeboten zu entdecken und zu finden, um Kontakte zu knüpfen und auch gegebenenfalls eine Weitervermittlung und Weiterbegleitung zu erfahren, wo sie gewünscht ist.“

„Im Offenen Treff soll zu dem Vielfalt abgebildet werden. Wesentliches Charakteristikum des Offenen Treffs ist daher die Offenheit seiner Strukturen, Freiraum zur Gestaltung eigener Interessen und Erfahrungsfeld eine Übungs- und Erfahrungsraums für Partizipation und Toleranz.“

Zusammenstellung der Zitate aus dem Diskussionsprozess von Ulrike Moeller, KJR

FACHTAG: STRUKTURPRINZIPIEN DER OFFENEN KINDER- UND JUGENDARBEIT – SPIELRÄUME IN PROZESSEN DER SUBJEKTBILDUNG

Das Bündnis „Wir sind die Zukunft“ hat den Strukturprinzipien am 21.3.2019 einen zweiten Fachtag gewidmet, zu dem wiederum die Mitarbeiter*innen der freien Träger wie auch des Steuerungsbereichs im Stadtjugendamt eingeladen waren. Während die Strukturprinzipien beim ersten Fachtag (2017) je einzeln hinsichtlich ihrer Bedeutung wie auch ihrer Möglichkeiten und Grenzen befragt worden sind, richtete sich diesmal das Interesse auf den Zusammenhang zwischen den Prinzipien der Freiwilligkeit/Offenheit/Partizipation und dem Prinzip der Subjektbildung.

Ausgehend von der alltäglichen Arbeitspraxis der OKJA-Fachkräfte im Umgang mit den Strukturprinzipien wurden diese Erfahrungen anhand von drei Fragestellungen reflektiert:

- Inwiefern trägt ein Arbeiten entlang des Strukturprinzips der Offenheit/der Freiwilligkeit/der Partizipation dazu bei, dass Kinder und Jugendliche ihre Bedürfnisse, Anliegen und Fähigkeiten wahrnehmen, vertreten und schließlich auch umsetzen können?
Welchen Beitrag kann das jeweilige Strukturprinzip der Offenheit/der Freiwilligkeit/der Partizipation also zur Subjektbildung der Kinder und Jugendlichen leisten?
- Welche Begrenzungen oder gar Zwänge erleben die Mitarbeiter*innen der OKJA, wenn sie entlang des jeweiligen Strukturprinzips arbeiten und einen Beitrag zur Subjektbildung leisten (möchten)?
- Und last but not least: Welche – vielleicht noch ungenutzten – Spielräume lassen sich gemeinsam bestimmen – und laden möglicherweise dazu ein, Neues auszuprobieren?

Das inhaltliche Ziel des Fachtags war es also, bestehende Handlungsspielräume zur Realisierung der Strukturprinzipien zu bestimmen, aber auch neue, eroberswürdige Spielräume zu entdecken sowie ggf. auch Ansätze zur Nutzung dieser Spielräume zu entwickeln.

In den Diskussionen zeigte sich zunächst, dass der zentrale Beitrag der Prinzipien der Freiwilligkeit/Partizipation/Offenheit zur Subjektbildung darin besteht, dass z.B. im Rahmen von partizipativen Projekten jungen Menschen konkrete Erfahrungsräume eröffnet werden, in denen sie „sich ausprobieren“ bzw. ganz praktisch lernen können, *ihre* Bedürfnisse, Interessen, Anliegen und Stärken wahrzunehmen, zu vertreten und umzusetzen.

Hinsichtlich der Begrenzungen pädagogischer Spielräume bei der Umsetzung der Prinzipien zeigten sich – unabhängig vom konkreten Handlungsfeld – einige Gemeinsamkeiten; darunter etwa die personelle Ausstattung oder auch eine Verrechtlichung von Aufgaben unter dem Aspekt der „Sicherheit“ (vgl. „Hygienevorschriften“).

Im alltäglichen Umgang der Fachkräfte mit diesen Begrenzungen bzw. zur Frage der Spielräume wurde schließlich zweierlei sichtbar: Erstens entwickeln und praktizieren die Fachkräfte der OKJA auf der *individuellen* Ebene kreative und oft auch mutige Lösungen bei der Nutzung oder Erweiterung von Spielräumen. Zweitens sind – im Sinne einer Vergrößerung von Spielräumen – *kollektive* Zusammenschlüsse nicht nur nützlich (z.B. Kooperationen), sondern können sogar dringend geboten sein, – etwa zum Zweck einer Problematisierung eines strukturellen Umstands, der den Strukturprinzipien entgegensteht.

Ulrike Steinforth, Münchner Trichter

EINRICHTUNGEN FÜR DIE AUSZEICHNUNG „OFFEN FÜR ALLE“, GESUCHT!

Das Aktionsbündnis „Wir sind die Zukunft“ ermöglicht es, Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, ihre Angebote auch für LGBT-Gruppen zu öffnen und dies durch die Zertifizierung nach außen und innen sichtbar zu machen. Für dieses Jahr können noch interessierte Einrichtungen in die Zertifizierung mit aufgenommen werden, oder sich auch gerne für nächstes Jahr vormerken lassen.

Die Auszeichnung „Offen für ALLE“ enthält zu erfüllende Anforderungen in unterschiedlichen Bereichen. wie bei Personal, Standards, Methoden und pädagogische Angebote sowie Informationen und Atmosphäre in den Einrichtungen.

Weitere Infos: <https://www.wir-sind-die-zukunft.net/fachliches/offen-fuer-alle.html>

Bei Interesse bitte bei den folgenden Ansprechpersonen melden:

Fachforum Freizeitstätten:	Kerstin Günther	quenter@mopjugendtreff.de
Kreisjugendring München-Stadt:	Bernhard Rutzmoser	b.rutzmoser@kjr-m.de
Münchner Trichter:	Carolin Auner	auner@muenchner-trichter.de

Bernhard Rutzmoser, KJR

FÖRDERANGEBOT – VERMITTLUNG UND ERWERB VON DIGITALEN KOMPETENZEN

Die „Ich kann was!-Initiative“ unterstützt Projekte im Bereich mediale und digitale Kompetenzen. Kinder und Jugendliche zwischen 9 und 16 Jahren aus Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit können sich mit ihren Ideen bis zum 6. Mai bewerben.

Weitere Infos: www.telekom-stiftung.de/ikw

Bewerbungen unter <https://antragsportal.telekom-stiftung.de>

MOBILSPIEL E.V VERLEIHT MATERIALIEN FÜR SPIELAKTIONEN

Mobil Spiel verleiht Spielmaterialien, betreut Spielaktionen und unterstützt bei der Planung. Großspielgeräte werden geliefert und nach der Veranstaltung wieder abgeholt. Andere Materialien wie Grundausrüstung (Stühle, Bänke, Zelte....) können dazu gebucht werden.

Weitere Infos: www.mobilspiel.de

VERANSTALTUNGSTIPPS

Was: Präsentation der Werke von YouthNet 2018/2019
Wann: 07.04.2019, 17:00 Uhr
Wo: Pinakothek der Moderne
Kosten: keine
Infos und Anmeldung: info@youthnet-muenchen.com oder
www.youthnet-muenchen.com Anmeldeformular

Was: Workshop **Spiele und Aktionen auf Höfen, Gehwegen und Plätzen**
Wann: 06.05.2019, 14:00 bis 17.30 Uhr
Wo: Spielhaus am Westkreuz, Aubinger Straße 57
Kosten: 20 €
Anmeldung und Infos: <https://spiellandschaft.de/>

Was: Workshop **Spiel ohne Viel: Zusammen spielen mit einfachen Materialien**
Wann: 11.05.2019, 09:30 bis 17:30 Uhr und 12.05.2019, 13:00 bis 19:30 Uhr
Wo: Spielhaus am Westkreuz, Aubinger Straße 57,
und Hirschgarten, München-Neuhausen
Kosten: 60 €
Anmeldung und Infos: <https://spiellandschaft.de/>

Was: Workshop **Stromaufwärts mit Elektromobilität**
Wann: 03.06.2019, 14:00 – 17:30 Uhr
Wo: Spielhaus am Westkreuz, Aubinger Straße 57
Kosten: 20 €
Anmeldung und Infos: <https://spiellandschaft.de/>

VERANSTALTUNGSPLANUNG 2019/2020

Infos i.d.R. 4 Wochen vor der Veranstaltung auf der angegebenen Homepage

Wann	Was	Wer	Infos/Anmeldung
14.-15. November 2019	Kongress # Alltagsbildung – da geht noch was! Gelingendes Auf- wachsen in Mün- chen und unser Beitrag zu anderen Seiten der Bildung	Fachkräfte, Verwaltung und Politik	Münchner Trichter e. V. Carolin Auner auer@muechner-trichter.de
27.01.2020	Jugend im öffentli- chen Raum	Versch. Kooperationspartner	

IMPRESSUM

Das Redaktionsteam

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Dr. Manuela Sauer, KJR München-Stadt, Ulrike Steinhof, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Heike Bloom, Fachforum Freizeitstätten

Verantwortlich für die Inhalte:

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt

Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Datenschutz

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.